

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch  
die Post bezogen 1.-  
eingetragen in die Post-  
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:  
Arbeitsvermittlungs- und  
Bahnhofstellen-Anzeigen, die  
in gespaltenen Kolonial-Zeile  
50,-  
Geschäftsanzeigen werben  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.  
Druck von E. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover.  
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Drei Jahre Weltkrieg.

Drei Jahre Weltkrieg liegen hinter uns. Drei Jahre voll der blutigsten Kämpfe, der bittersten Not, des heftigen Elends. Drei Jahre, in denen der Tod geurteilt hat wie nie zuvor, in denen die Sorge überall offene Türen fand, in denen die Freude sich schamhaft in verstohlene Winkel flüchtete.

Drei Jahre Weltkrieg! Nur wer sie erlebt hat, kann ihre Bedeutung ermessen. Nein, auch der nicht! Noch kann es kein Mensch! Noch weiß niemand, wieviel Millionen Menschen auf den Schlachtfeldern ihr Leben, ihre Glieder, ihre Gesundheit opfern mussten, wieviel Mütter und Kinder in Sorgen, Not und Elend gestürzt wurden. Noch übersieht kein Lebender, wie sehr der Krieg die Menschen verrotzt, die Sitten verwildert, die Grundlagen aller Kultur gefährdet hat.

Ehe der Krieg kam, gab es Menschen, die ihn herbeiwünschten. Menschen, die ihn ein Stahlbad der Völker, einen Jungbrunnen der Menschheit nannten. Es waren sehr hochgestellte, sehr einflussreiche Männer, die so dachten, redeten und schrieben. In den ersten Kriegsmonaten hörte man hier und da noch Stimmen, die ähnlich klangen. Sie sind verstummt. Heute würde man den steinigen oder ins Irrenhaus sperren, der den Krieg zu loben sich erschreckt wolle.

Über den Krieg gibt es heute nur eine Meinung: er ist ein unermessliches Übel.

Es gibt aber Leute, die in ihm ein notwendiges Übel sehen und ihn forschieren wollen, bis er ein überflüssiges Übel geworden ist. Sie wollen den Krieg durch den Frieden beenden und verhüten. Den Frieden wollen auch sie, aber nicht den Frieden schlechthin, nicht den Frieden, der heute oder morgen erreichbar ist, sondern den Frieden nach dem Siege, den Frieden, der Zuwachs an Land und Geld und Macht bringen soll. Sie nennen das einen Dauerfrieden, und sie befürworten den Dauerkrieg als das beste Mittel, einen solchen Frieden zu erreichen.

Es ist überflüssig, hier nachzuweisen, daß solche Gedanken auch in Deutschland noch weit verbreitet sind. Über es ist nicht überflüssig, zu versichern, daß die große Masse der deutschen Arbeiterschaft sich davon freigemacht hat und einen Frieden ersehnt und erhofft, der allen am Kriege beteiligten Völkern Lebensrecht und Entwicklungsfreiheit sichert und erhält — soweit nicht der Krieg dieses Recht beschränkt und diese Freiheit vernichtet hat.

Wir haben schon berichtet, daß die Mehrheit des Reichstages sich endlich für einen Frieden ohne Erzwingung eingesetzt hat, ohne politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigung einer ausgesprochen hat, und daß der neue Reichskanzler dieser Erklärung beigetreten ist. Allerdings nicht ganz ohne Vorbehalt, nicht mit der Klarheit und Unzweideutigkeit, die man wünschen, aber doch mit dem Entgegenkommen, daß man von einem deutschen Kanzler erwarten kann.

Um die Erklärung ist ein lebhafter Streit entbrannt. Sie ist auslegungsfähig wie alle Schriftstücke, die auseinandergehende Meinungen kompromisslos unter einen Hut bringen, auf eine Formel vereinigen sollen. Die Friedensformel des russischen Arbeiter- und Soldatenrats ist zweifellos viel klarer und umwirkungsloser. Aber der Deutsche Reichstag ist auch keine aus der Revolution geborene Körperschaft, sondern — nun eben der Deutsche Reichstag.

Eins geht jedenfalls aus der Erklärung klar hervor: daß der Reichstag sich für einen Frieden der Verständigung ausspricht, also für einen Frieden, über den die Verhandlungen jeden Tag beginnen können, und nicht erst dann, wenn die militärischen Entscheidungen endgültig gefallen sind, wenn es Sieger und Besiegte gibt.

Es wäre sehr verlockend, einmal aufzuzeigen, wie langsam und mühsam sich in Deutschland der Gedanke durchgerungen hat, daß dieser Krieg nicht beendet werden darf durch einen Frieden, den ein Sieger dictiert, daß er beendet werden muß durch Verständigung und Vereinbarungen. Auch in der Sozialdemokratie, die ihrer ganzen Zusammensetzung, ihren Grundsätzen und ihrer Geschichte nach die entschiedenste Vorkämpferin des Friedens sein muß, ist der Meinungsumschwung erst allmählich gekommen. Von der enttäuschten Ablehnung aller Vorschläge, an die Kreditbewilligung Bedingungen zu knüpfen, bis zu dem Beschlus, die Bewilligung abhängig zu machen von den Erklärungen der Regierung zu der Friedensforderung der Partei führt der Weg nicht auf einer immer geraden Linie. Doch es ist nicht unsre Absicht, hier den Bindungen dieses Weges zu folgen, vielmehr sei mit Genugthuung festgestellt, daß die Partei mit ihrer Friedenspolitik jetzt endlich einen Punkt erreicht hat, den sie viel früher hätte erreichen, ja vor dem sie eigentlich hätte ausgehen müssen.

Die Vertreter der Gewerkschaften haben ihre Stellung zum Frieden am Ende des dritten Kriegsjahres in einer Erklärung zusammengefaßt, die von einer Konferenz der Verbandsvorstände, die vom 24. bis 26. Juli tagte, beschlossen wurde. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Gewerkschaften Deutschlands begrüßen es mit großer Freude, daß der Deutsche Reichstag durch seinen Beschuß vom 19. Juli sich im Namen des deutschen Volkes für einen Verständigungsfrieden erklärt hat. In der Gesamtheit der Arbeiterbevölkerung, deren Interessen die Gewerkschaften vertreten, findet der Wille zur schnellen Beendigung des Krieges durch Verständigung der Völker nicht nur einstimmige Zustimmung, die Arbeiter Deutschlands sind auch bereit und entschlossen, mehr noch als schon seither ihre Kräfte für die baldige Erreichung ihres Ziels einzubringen.“

Eng mit der Frage des Friedens verknüpft ist die der inneren Neuorientierung. Auch sie war in den letzten Wochen des dritten Kriegsjahrs Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen und heftiger innerpolitischer Kämpfe. Die Parteien der Linken fordern, daß die verheissen inneren Reformen nun endlich in Angriff genommen werden, die der Rechten sind arg verstimmt schon darüber, daß die Regierung Reformen angekündigt hat, mit allem Eifer aber wehren sie sich gegen die Ausführung.

Die nächsten Hauptziele der inneren Reform sind die Parlamentarisierung des Reiches und die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts. Mit der Parlamentarisierung im Reich soll dem Reichstage eine größere Machtbefugnis und mehr Einfluß eingeräumt, mit der Änderung des preußischen Wahlrechts soll die stärkste Stütze der politischen Rückstättlichkeit in Deutschland zerbrochen werden.

Die Regierung hat in beiden Fragen Entgegenkommen zugestanden. Das preußische Dreiklassenwahlrecht soll in ein gleiches, direktes und geheimes verändert, also gründlich umgestaltet werden. Allerdings liegen noch einige Zweifel am Wege, ob das Versprechen auch eingelöst wird. Dieses neue Wahlrecht soll nämlich direkt verfügt werden. Man darf vielleicht gespannt sein, ob der viel Neigung verspürt, sich selbst aufzuknüpfen.

Die oben erwähnte Konferenz der Verbandsvorstände hat auch zu der Frage der inneren Neuordnung Deutschlands Stellung genommen und ihre Auffassung in folgender Entschließung niedergelegt:

„Die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Centralverbände vertritt in der Frage der innerpolitischen Neugestaltung im Deutschen Kaiserreich die Auffassung, daß diese längst notwendigen und zum Teil auch von der Reichsregierung zugesagten Reformen nicht länger mehr verzögert werden dürfen.“

Sonderbare erachtet sie die Einführung eines mit den Beschlüssen der Volksvertretung im Einklang stehenden Regierungssystems und die Einführung eines wirklich demokratischen Wahlrechts für alle einzelstaatlichen Kantone sowie für alle Gemeinden als die dringendste Voraussetzung für eine gesunde innerpolitische und wirtschaftliche Entwicklung, die allein das deutsche Volk befähigt, die vorwührenden Wirkungen des Krieges bald zu überwinden.

Richtig müder erwartet die Konferenz, daß diese innerpolitische Neuorientierung zu einer Sozialgewerbe führt, die der deutschen Arbeiterschaft die volle Gleichberechtigung im wirtschaftlichen und staatsbürglerlichen Leben sowie den sozialen Aufstieg zur ungemeindeten Teilnahme an der kulturellen Entwicklung des Volles gewährleistet.“

Man mag das Gewicht und die Bedeutung der verschiedenen Erklärungen, Entschließungen und Kundgebungen aller Art hoch oder niedrig einschätzen, fest steht, daß der Drang zum Frieden immer allgemeiner und stärker wird und die Erkenntnis, daß Deutschlands innere Politik einer Neuordnung bedarf, immer weitere Kreise des Volkes ergreift und zur Stellungnahme zwinge. Das und wie diese beiden Grundfragen der Gegenwart zusammenhängen, kann hier nicht näher dargelegt werden; es mag genügen, zu sagen, daß die innere Umgestaltung Deutschlands uns auch dem Frieden näher bringt. Gerade deshalb ist es bedauerlich, daß wir drei völker Kriegsjahre mit Verheißungen abgespeist worden sind und heute noch nicht wissen, ob das vierte die Erfüllung bringen wird.

Mit einem Blick jollen diese Betrachtungen abgeschlossen werden: Die Gewerkschaften stehen am Ende des dritten Kriegsjahrs stark und gefestigt da. Der Zustrom neuer Mitglieder ist gestiegen und steigt noch; die Erfolge bei Lohnbewegungen sind durchweg erfreulich, die Lassensverhältnisse sind gut. Der Streit, der die Partei zerstört, ist bisher aus den Gewerkschaften ferngehalten, die Einheit und Einigkeit ist auch im Strom der drei Kriegsjahre nicht erschüttert worden. Möge es auch fernherin so bleiben. Dann haben wir, neben der Hoffnung, daß uns das vierte Kriegsjahr bald den Frieden bringen möge, die Gewähr, daß auch die innere Neuordnung Deutschlands in Fluss kommen wird.

### Kriegsgeschäfte der Industrie.

Ein wirtschaftlicher Mobilmachungsplan war bei Ausbruch des Krieges nicht vorhanden. Dennoch konnte die deutsche Industrie den ihr aus der Kriegsführung erwachsenden Aufgaben gerecht werden, so gewaltig die Anforderungen auch waren, die an sie gestellt werden mußten. Sie hat Schwierigkeiten überwunden, die als unüberwindlich galten und gelten konnten, weil erst unter dem ehemaligen Zwang der Verhältnisse neue Möglichkeiten erschlossen wurden. Alles das aber hatte den technischen, organisatorischen und finanziellen Hochstand zur Voraussetzung, den die meisten Unternehmungen der maßgebenden Industriezweige bei uns aufwiesen. Ohne Übertriebung kann die Feststellung getroffen werden, daß die Industrie keines andern kriegsführenden Landes eine gleiche Höhe der Entwicklung erreicht hatte. Nur dieser gewaltige Vorsprung konnte einen Ausgleich für die ungeheuren Hemmnisse geben, die der Produktion aus der fast völligen Unterbindung der Zufuhr von den wichtigsten Rohstoffen entstanden. Außerdem ergab sich aus der Abhängigkeit des deutschen Exports eine Stärkung der verfügbaren Mengen von Rohstoffen ausländischer Herkunft, deren Ergänzung von außen her zum allergrößten Teil bald unterblieb. Zweifellos haben auch mannigfache Industrien des Auslandes, vor allem Englands, während des Krieges einschneidende Reorganisationen erfahren, aber dort vollzog sich dieser Prozeß unter unendlich günstigeren Bedingungen; die Engländer konnten die Umstellung ihrer Unternehmungen für die Produktion von Kriegsgerät und Munition sehr lange ungestört durchführen, weil sie zunächst auf die Produktion ihrer Betriebe nicht unbedingt angewiesen waren, denn Amerika stand mit schier unermesslichen Lieferungen zur Verfügung. Durch die besondere Lage der deutschen Industrie wurde die Erzähmwirtschaft mit ihren technischen Wundern hervorgerufen, die ihre Bedeutung in einer kommenden Friedenszeit auf vielen Gebieten behält und dadurch einen keineswegs zu unterschätzenden Fortschritt bedeutet.

War Deutschland ganz auf sich selbst gestellt, so ging das Ziel der Kriegswirtschaft ausschließlich dahin, die erforderliche Produktion herzustellen, die Frage der Erzeugungskosten wurde überhaupt nicht gestellt und trat zunächst gegenüber der Lösung der Bedarfdeckung fast völlig in den Hintergrund. Darin zeigten sich die schweren Mängel des Fehlens eines wirtschaftlichen Mobilmachungsplanes nur zu deutlich; die spätere Schaffung kriegswirtschaftlicher Organisationen hat die Folgen dieser Unterlassung nicht entfernt wettmachen können. Abgesehen von den erhöhten Schwierigkeiten der Produktionsbeschaffung, stiegen dabei die Kosten unendlich, und nicht nur die staatlichen Lieferungen wurden dadurch enorm verteuert, das gesamte Wirtschaftsleben trat in das Zeichen der Preistreibereien, deren Dämpfung bei einem plausibel vorbereiteten Vorgehen immerhin in einem beträchtlichen Umfang möglich gewesen wäre. Für die Produktion hätte ein derartiger Zustand wohltätige Folgen gehabt als die so vielfach zügellosen Preis- und Gewinnsteigerungen, deren augenblicklicher Vorteil für die beteiligten Unternehmungen nicht über Nachteile hinwegtäuschen kann, die sich erst später offenbaren werden. Auch in diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die in starken Kartellen zusammengefaßten Industriezweige sich in den ersten zwei Kriegsjahren in ihren Preisforderungen wesentlich markanter gehalten haben als die weniger stark oder gar nicht organisierten Betriebe.

Je länger je mehr sind fast alle Geschäftszweige in den Strom kriegsindustrieller Tätigkeit hineingezogen worden, und sie erlangen dadurch eine gegenüber den Ergebnissen der Friedensjahre wesentlich gestiegerte Rentabilität. Nicht zuletzt an der Kriegskonjunktur haben nur wenige Gewerbe, deren Ausfälle, so nachhaltig sie privatwirtschaftlich von den Betrieben empfunden werden mögen, gegenüber den enormen Profiten der übergrößen Mehrzahl der Unternehmungen aller Art verschwinden. An sich führt die sprunghafte Ausdehnung der Produktion zu einer wachsenden Steigerung der Gewinne, die natürlich durch die fortwährenden Preisseigerungen, selbst unter Berücksichtigung der Verkürzung der Selbstkosten, sich rapid erhöhen. Eine besondere Gewinnquelle bildeten die Borräte an Waren, die mit überaus hohen Preisaufschlägen sofort Verwendung fanden. Dabei vollzog sich ein großes Aufräumen; Warenbestände, die in normalen Zeiten nur mit Verlust loszuschlagen gewesen wären und eigentlich nur noch als Ladenhüter gelten konnten, erbrachten wahre Liebhaberprieze. Für viele Zweige der Kriegsindustrie ist jedes Betriebsergebnis in Fortfall geflossen, die eigentliche kaufmännische Tätigkeit hat sich hier vereinfacht und verbilligt.

Eine vergleichende Darstellung der wirtschaftlich erzielten Kriegsergebnisse kann bei der mangelnden Klarheit, die die Bilanzierungsmethoden der Aktiengesellschaften auszeichnet, auch für die Aktiengesellschaften nur teilweise gegeben werden. Eine solche Untersuchung für die wichtigsten Betriebe von 19 Industriegruppen hat die „Frankfurter Zeitung“ vorgenommen: veröffentlicht wurden deren Ergebnisse in der Zeit von Mitte Oktober vergangenen Jahres bis Januar 1917. Diese Statistik erweist sich auf die Jahre 1913, 1914 und 1915 und schließt auch Großbritannien ein, deren Geschäftsjahr bis in die Mitte des Jahres 1916 reicht. Der Steingewinn der darin berücksichtigten 416 Gesellschaften ist in den drei Jahren von 578 Millionen auf 594 und 891 Millionen gestiegen, obwohl für Abschreibungen und Abschätzungen vor-





ausschluß zur Entscheidung an. Nach Verhandlungen machte der Vorstand einen Vergleichsvorschlag. Statt 5 Prozent sollten 10 Prozent Leistungszulage gezahlt werden und für die Nacharbeit 50 Pf. Aufschlag für die Schicht. Dieser Vorschlag wurde von beiden Seiten angenommen, und gilt diese Abmachung bis zum 30. September 1917.

Im Auftrage der Arbeiter und Arbeitnehmer reichten wir bei den Vereinigten Gummiwarenfabriken in H a r b u r g - W i e n ein Gefüch um Lohn erhöhung um 5 Pf. die Stunde ein. (Bei Überstunden wurden 25 Prozent Aufschlag, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent gefordert. (Bisher wurden schon 5 Pf. die Stunde gehabt.) Bei regelmäßiger Nachschicht sollten 10 Pf. Aufschlag die Stunde, ferner für die eingezogenen Feiertage an hohen Festtagen der volle Lohn gezahlt werden. (Bisher wurden 4 Mt. resp. 2,50 Mt. gezahlt.) Die Firma bewilligte für Männer 5 Pf., für Frauen 3 Pf. Lohnzulage die Stunde. Für die eingehobenen Feiertage erhalten die Männer 5 Mt., die Frauen 3 Mt.

Die Arbeiter und Arbeitnehmerinnen der Oelindustrie verlangten eine Zulage von 1 Mt. den Tag. Die Firma Gr. T h ö r l s, Vereinigte H a r b u r g e r O e l f a b r i k e n, zahlte bisher eine tägliche Leistungszulage von 95 Pf. für Ledige und Verheiratete ohne Kinder; solche mit einem Kinder erhielten 1,05 Mt., die mit zwei und mehr Kindern 1,15 Mt. Frauen erhielten 1 Mt. Diese Zulage wurde erhöht auf 1,70 Mt. für Frauen erhielten 1,50 Mt. für Unverheiratete. Ferner soll die Leistungszulage auch für Überstunden gezahlt werden; dies war bisher nicht der Fall. Die Frauen sollten keine Zulage bekommen. Bei erneuten Verhandlungen bewilligte die Firma eine Zulage von 25 Pf. täglich für die Arbeitnehmerinnen. Die H a r b u r g e r O e l w e r k e B r i n l m a n n u. M e r g e l bewilligten eine Leistungszulage von 50 Pf. den Tag für Arbeiter und 25 Pf. für Arbeitnehmer. Die O e l w e r k e „E u t o n“ bewilligten auf die allgemeine Lohnforderung eine Erhöhung der Leistungszulage um 10 Prozent. Auf die Forderung nach 1 Mt. Lohn erhöhung antwortete die Firma P a l m e r n o l s a f b r i k K o c h u. K o ., daß sie schon höhere Löhne zahle als die übrigen Oelfabriken. Da dies zutrifft, wurde von weiteren Schritten Abstand genommen.

Auf der C u m p e n s o r t e r a n s t a l t von G e b r. S a l o m o n wünschten die Arbeiter und Arbeitnehmer eine Lohn erhöhung von 50 Pf. täglich. Die Firma bewilligte eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. für Männer und 3 Pf. für Frauen. Auch die Altordlohnwurden entsprechend erhöht. — In den B i n t z e n h e n P a p i e r f a b r i k e n M i l l o s t e r war während des Krieges keine Lohn erhöhung erfolgt. Die Arbeiter und Arbeitnehmer reichten ein Gefüch um Erhöhung des Lohnes um 1 Mt. ein. Nach Einreichung des Gefüchs brannte der Betrieb ab. — Im B r i t t e i w e l l „E l b e“ wurde eine Forderung auf Lohn erhöhung um 1 Mt. den Tag eingereicht. Die Firma B e t p h a l u. K o . lehnte jedes Entgegenkommen ab. Beim Schlichtungsausschuß machte der Vorstand einen Vergleichsvorschlag von 7 Prozent Lohn erhöhung. Die Firma teilte dann dem Schlichtungsausschuß mit, daß sie den Betrieb stilllegen müsse. Dies ist auch geschehen. Die Sache ruht vorläufig; sobald der Betrieb wieder im Gange ist, wird die Angelegenheit weiter verfolgt.

Mit der zunahme der Lohnbewegungen stieg auch die Zahl der Aufnahmen. Bisher im ersten Quartal 235 Aufnahmen erzielt wurden, hatten wir im zweiten Quartal 312 Aufnahmen zu verzeichnen. Im ganzen ersten Halbjahr also 597. Die Zunahme der Mitglieder betrug im ersten Quartal 222, im zweiten Quartal 212, zusammen seit 1. Januar 1917 434 Mitglieder. Hält die Entwicklung so an, so haben wir bald die Zahl von 2000 erreicht. Am 1. August 1914, also vor Ausbruch des Krieges, zählten wir 4016 Mitglieder. Im Heeresdienst waren am 1. Juli 1917 noch 2153 Mitglieder, am 1. Dez. 1790, so daß unser Verlust nur noch 73 Mitglieder beträgt. Wir streben danach, diesen Verlust bald aufzuholen und hoffen, in letzter Zeit (einfachlich der eingezogenen Mitglieder) dieselbe Mitgliederzahl zu haben wie vor dem Kriege. Allerdings sind dann noch 228 Gefallene zu ersehen, aber auch dazu sind wir auf dem besten Wege. Wenn im dritten und vierten Quartal so gearbeitet wird wie im ersten und zweiten, werden wir das gesteckte Ziel erreichen.

Wir hatten von Kriegsbeginn bis Mitte 1915 große Verluste. Bis zum 15. April 1916 hatten wir 705 Mitglieder verloren; diesen Verlust haben wir wieder eingebüßt bis auf 73 Mitglieder. (Diese Zahl hat sich bis heute auf 28 vermindernd, weil wir seit dem 1. Juli schon wieder 45 Mitglieder angenommen haben.) Aber noch sind viele Hunderte von Mitgliedern zu gewinnen. In der chemischen Industrie, in der Gummiindustrie (Hamburg-Wien und Traun u. Süde), in der Oelindustrie und in anderen Betrieben stehen noch sehr viel Unorganisierte. Diese stehen die Erfolge des Verbundes ein, ohne dazu beizutragen. Ja, sie sind meistens die Freiberufler bei Lohnbewegungen und diejenigen, welche am meisten fragen: Wie nicht bald etwas unternehmen? Wir gelten heute überall als Vertreter der Arbeiterschaft, und doch stehen noch so viele Arbeiter fern. Die Gründe, welche diese Leute ansprechen, sind nicht gleichzeitig. Die Organisatoren haben bewiesen, daß nur sie die Interessen der Arbeiter vertreten. Deshalb müssen alle Mitglieder mitarbeiten und die Unorganisierten der Organisation anführen. Wir müssen die Büchereikontrolle durchführen, überall Vertrittungsmaänner einzusetzen, überhaupt einen guten Strom von Funktionären zur Verfügung haben. Es ist nicht damit getan, nur Mitglieder aufzunehmen, sondern sie auch zu erhalten.

Federálna hat mit einer kurzen Kriegszeit gerechnet, und auch wir glaubten mit kurzen lokalen Kämpfen auszukommen. Die Abrechnung vom 1. Juli 1914 ergab einen Kapitalbestand von 29 122,63 Mt. Durch Verminderung der Mitgliederzahl sind die Einnahmen gefallen. Seit Kriegsbeginn waren die Ausgaben stets höher als die Einnahmen. Unsre Mitgliederzahl war auf 1256 am 1. Juli 1916 gefallen. Von da an kam der Aufschwung; am 1. Januar 1917 1256, am 1. April 1917 1578 und am 1. Juli 1917 1790 Mitglieder (1098 männliche und 692 weibliche), dazwischen sind wir auf 1800 gestiegen. Zum Heeresdienst waren eingezogen am 1. Juli 1917 2381, davon haben sich zurückgemeldet 228, so daß noch 2153 Mitglieder im Heeresdienst sind; davon gefallen 228 und 17 Männer, zusammen 245. Seit dem 1. Januar 1917 haben wir um 432 Mitglieder zugenommen. Es erscheint uns diese Zunahme fit, ist doch nicht ausreichend, um die Ausgaben zu decken. Die Zunahme und meistens weibliche Mitglieder mit 5 Pf. Solidaritätspf. während männliche 15 Pf. Solidaritätspf. zahlen. Arbeit verteilender die weiblichen Mitglieder ebenso wie die männlichen, deshalb erfordert es auch berechtigte, wenn weibliche Mitglieder einen höheren Solidaritätspf. zahlen.

Am 1. Januar 1917 hatten wir einen Kapitalbestand von 13 518,48 Mt., davon 6000 Mt. im „Sollkonto“ belge und 6000 Mt. Anteil im „Rückkonto“, also Barvermögen 13 18,48 Mt. Im Betriebsergebnissen haben wir noch 6000 Mt. Darlehen zurückgezahlt. Die Verminderung der Postleitzahl ist durch die lange Arbeitszeit bedingt. Wir müssen zunächst eine Kontrollstelle wie Federálna einrichten und aufrechterhalten. Ansonsten kann Unterhaltung des lokalen Kämpfes schwer in den drei Jahren geschehen und 11 000 Mt. gehe. Da wir nicht darum zu kämpfen, so ist es ein neues Problem erhalten, auch keine Solidaritätspf. zu ziehen, um die Entwicklung zu unterstützen. Einzig die Entwicklung der Chemie ist für die eingezogenen Mitglieder gering, für die Postleitzahl macht es viel aus. Wenn wir aus dem Kriege wieder herauskommen, so doch ganz sicher. Das ist für die Bevölkerung kein Vorteile, sondern die Mitglieder sind jetzt aber besserer Arbeitgeber geworden. Wenn wir die Organisation neu eröffnen, so ist die Organisation für Verstärkung besser. Die Arbeit ist leichter und kostengünstiger, so daß die Forderungen der Arbeitnehmer erfüllt werden können. Das ist der Kriegsbeginn, der Kriegszeit und der Kriegsende.

Karl Dreier

Es ist die Arbeit der Zentralleitung von Federálna, die keinen Nutzen durch den Verlust eines Arbeitersatzes erzielte. Zu der Verstärkung, die durch die Chemie erzielt wurde, wurde für die Männer eine Leistungszulage von 3 bis 5 Pf. für die Frauen und Mädchen eine Zulage bis zu 2 Mt. pro Woche erzielt.

## Zum Heeresdienst eingezogene Kollegen, die zur Arbeit beurlaubt werden,

müssen unverzüglich spätestens innerhalb 14 Tagen bei der Zahnstelle wieder ihre Mitgliedschaft anmelden, wenn sie nicht ihre vor der Einziehung erworbenen Rechte an den Verband verlieren wollen.

## Aus dem Heeresdienst entlassene Kollegen

müssen sich innerhalb 14 Tagen wieder als Mitglieder anmelden, andernfalls verlieren sie ihre alten Rechte und müssen als neue Mitglieder eintreten.

Wer die Wiederanmeldung versäumt, hat bei Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. keinerlei Ansprüche an den Verband.

Kindern recht gesegnet sind, findet in einigen Fällen eine Erhöhung des Lohnes um 10 Mt. pro Woche statt.

**Schönebeck a. E.** Die Preise für Lebensmittel usw. haben gegenwärtig eine Höhe erreicht, die geradezu märktehaft zu nennen ist. Doch nun auch die Arbeiter nach einem Ausgleich suchen müssen, und daß jene Arbeiter, die in der Schlachtungs-Industrie direkt für den Krieg arbeiten, nicht mit den niedrigsten Löhnen zufrieden sein wollen, während die Unternehmer gerade dieser Industrie riesige Gewinne einführen, kann mancher Unternehmer nicht einsehen. Der Arbeiterschaftsdurchschnitt der heutigen S p r e e o f f - H a b e r g - A u f p a m i l l e, Oberschlesische R.-G., hatte bei der Firma Vorholz eingeschlagen zur Neuregelung der Löhne, und zwar wenig Gegenliebe. Namentlich wollte die Firma die Stundenlöhne nicht aufheben; zur Zahlung eines erhöhten Kriegszuschlags wäre sie eventuell bereit gewesen. Die Arbeiterschaft forderte indessen Aufbesserung der Stundenlöhne um 25 Prozent, und zwar aus naheliegenden Gründen. Es durfte wohl jedem Einsichtigen klar sein, daß die Preise für Lebensmittel auch nach dem Kriege noch lange Zeit die gleiche Höhe behalten werden wie heute. Die Kollegen sagten sich, und wohl nicht mit Unrecht, daß die Kriegszulage nach dem Kriege bald verschwinden werden, während die Herabsetzung des Stundenlohns doch nicht so leicht sein dürfte. Von diesem Standpunkt ausgehend blieb man bei der Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes. Da eine Einigung zwischen dem Arbeiterschaftsdurchschnitt und der Firma nicht zu erzielen war, wurde von den Arbeitern der Schlachtungs-Ausführung in Widersetzen angesetzt. Auch diesem gelang es nicht, einen Vergleich herbeizuführen, da die Firma jedes annehmbare Entgegenkommen ablehnte. Der Schlichtungsausschuß stellte folgendes Urteil: 1. die Stundenlöhne werden um 15 Prozent erhöht; 2. die Kriegszulage wird gleichfalls um 15 Prozent erhöht; 3. der Aufschlag für die Nachschicht wird um 50 Pf. erhöht. Sind auch in diesem Urteil die Forderungen der Arbeiter nicht voll erfüllt, so ist es immerhin doch ein erheblicher Vorteil, den die Kollegen durch ihr geschlossenes Vorgehen erreicht haben. Mögen sich die Kollegen anderer Betriebe ein Beispiel daran nehmen. E. S.

## Verbandsnachrichten.

### Statistik.

#### Blauer Monatskarten.

Die blauen Berichtskarten für den Monat Juli müssen bis spätestens 4. August nach Hannover gesandt sein, da das Ergebnis der Statistik bis zum 8. August schon in Händen des Statistischen Amts in Berlin sein muß.

Die grauen Monatskarten sind ungültig und dürfen deshalb nicht mehr eingesandt werden.

Zahlstellen, die keine blauen Berichtskarten mehr besitzen, müssen solche umgehend beim Vorstand in Hannover bestellen.

**Vom 24. Juli 1917 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:**

Oldenburg i. Gr. 1670, — Osterode a. S. 366,97. Solbermoor 330,44. Schönberg i. M. 52,06. Peine 44,94. Geusenheim 30,10. Lauterbach 24,86. Neustadt 21,46. Duren 103,49. Dortmund 77,96. Hagen 56,58. Euskirchen 28,05. Witten 18,58. Eitorf 3, —. Hanau 3962,14. Elbing 694,81. Altenburg (S.-U.) 257,36. Denzendorf-Winkel 404,05. Tütt 402,23. Wolfsburg 256, —. Et. Singbert 222,40. Stralsund 195,93. Hanau 179,21. Straubing 158,28. Boizenburg 115,12. Weldorf 102,47. Fiddichow 80,19. Bramsche 74,34. Bülkau 24,16. Einingen 20,43. Miesbach 20,30. Greifswald 19,26. Delmen 17,49. Trepnau a. d. M. 10,36. Bremen 17 107,25. Offenbach 241,90. Kempten 166,50. Borna b. E. 53,70. Mügeln b. D. 21,27. Königsberg i. Pr. 24,37. Plau i. M. 347, —. Frankfurt a. M. 1096,25. Marltranshütte 431,68. Muslau 211,58. Penig 194,04. Potsdam 45,05. Stendal 41,55. Bottrop 31,60. Freiburg i. Br. 21,50. Hüsen 64,33. Soltau 44,95. Küppersberg 800, —. Walsrode 400, —. Eilenburg 302,64. Zeitz 200, —. Schongau 13,68. Bielefeld 9, —.

**Schluß: Montag, den 30. Juli, mittags 12 Uhr.**

Fr. Bruns, Kassierer.

**Die Abrechnung für das 2. Quartal 1917 haben eingesandt:**

Osterode, Königsberg, Wolfsburg, Neustadt, Ebstorf, Gernheim, Gießen, Schönberg i. M., Lauterbach, Stade, Schwarm i. M., Solbermoor, Schwerin i. M., Witten, Düren, Euskirchen, Hagen, Letmathe, Dortmund, Peine, Oldenburg, Fiddichow, Bülkau, Plau i. M., Straubing, Kempten, Deitrich, Einingen, Boizenburg, Delmen, Osnabrück, Neuwalz, Hanau, Tilsit, Offenbach, Straßburg i. G., Gerabronn, Borna, Muslau, Potsdam, Wedel, Stendal, Kolmar, Weldorf, Hamburg, Schongau, Hüsen, Soltau.

## Verlorene und für ungültig erklärt Mitgliedsbücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingezeichnet in
373 988	Heinrich Wutte	15. 4. 1852	28. 6. 1908	Kostwig (Anh.)
501 197	Edmund Schmidt	31. 7. 1884	1. 9. 1911	Leipzig
584 585	Michael Stellmann	15. 8. 1875	19. 11. 1908	Köln
553 761	Georg Sommerer	21. 5. 1891	5. 1. 1913	Marktredwitz
560 515	Ewald Eßig	1. 5. 1866	1. 4. 1908	M. Grund
600 712	Franz Hofmann	26. 4. 1880	31. 1. 1915	Sonneberg
605 672	Wilhelm Kuckelberg	22. 9. 1875	1. 6. 1915	Köln
423 848	Karl Roja	25. 1. 1892	8. 2. 1917	Hamburg
430 705	Alma Schulz	17. 2. 1878	5. 1. 1917	Braunschweig
446 282	Konrad Helwig	2. 1. 1901	25. 4. 1917	Hamburg
450 631	Felix Jobmann	20. 6. 1901	30. 6. 1917	Harburg
439 232	Richard Fischer	9. 9. 1863	25. 3. 1917	Köln
444 440	Anne Müller	1. 7. 1876	26. 5. 1917	Köln
437 358	Hermette Roth	26. 1. 1899	26. 1. 1917	Köln
420 283	Ella Preiser	4. 6. 1899	1. 2. 1916	Mügeln b. D.

### Neue Adressen und Adressenänderungen.

Blankenberg a. d. Saale (Gau 8). Die bisherige Zahlstelle Platz 20 jetzt Blankenberg a. d. Saale.

Chemnitz. 1. Bevollmächtigter Emil Kraft, Chemnitz-Gablenz, Geibelstraße, Gruppe I, Nr. 2, pt.

Langenwöls. Fritz Wagenknecht, Mittel-Langenwöls 176.

Neustadt a. d. Orla. Borsig eingezogen. Louis Glück, Friedhofstraße 2.

Stiehla a. d. Elbe. Körspeter eingezogen. Hermann, Beyer, Petzsch, Weg 23/c.

## Sabrit- (Munitions-) Arbeiter und -Arbeiterinnen suchen bei freier Reise

### Sackenfabrik Levertusen (Rheinland).

Meldungen aus Thüringen und angrenzenden Gebieten und zu richten an den

## Städtischen Arbeitsnachweis Weimar.

10.4]